

Die Senioren-Union lud zum Vortrag ein Diplompolitologe Karst Pfeifer referierte über "BREXIT"

Einem aktuellen Thema widmete sich am Donnerstag die Senioren-Union (SEN) Dingolfing-Landau im Gasthaus Apfelbeck in Mamming. "BREXIT" ist in aller Munde. Doch was steckt dahinter? Ursachen, Hintergründe und Folgen des BREXIT für Großbritannien, Deutschland und Europa brachte der Diplompolitologe Karst Pfeifer von der Hanns-Seidel-Stiftung den Gästen in einem exzellenten Vortrag näher. Der Vorsitzende der SEN, Helmut Stieß, freute sich in seiner Begrüßung, diesen Experten für das brisante Thema gewonnen zu haben.



v.l. Helmut Stieß bedankte sich bei Karst Pfeifer

In einem Rückblick ging Pfeifer auf die krisengeschüttelten letzten Jahre ein. So folgten auf die Weltfinanzkrise mit der Bankenrettung im Jahr 2008 die Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009 sowie 2010 die Eurokrise, die bis heute noch nicht ganz aufgearbeitet ist. Die EZB verfügte über die verquere Zinssituation. Krisen unter anderem in der Ukraine und aktuell die Flüchtlingskrise bewegen die Gemüter. Dies alles lässt das Ansehen der EU bei den Bürgern momentan in keinem guten Licht erscheinen und führt fälschlicherweise zu dem Eindruck, die EU wäre Teil des Problems.

Auf die derzeitige Situation in Großbritannien eingehend erläuterte Pfeifer dessen Volksabstimmung am 23. Juni dieses Jahres. Nachdem im Land der Wetten noch eine Woche vor der Abstimmung der Austritt aus der EU nicht als wahrscheinlich gewettet wurde, schlug er am Abstimmungstag rapide in das Gegenteil um. In der Volksabstimmung sprachen sich die Wähler zu 51,9 Prozent für einen Austritt aus der EU aus; 48,1 Prozent wollten dagegen in der EU verbleiben. Interessant dabei, dass hier die Stadt London, Nordirland und Schottland für einen Verbleib stimmten, die überwiegend ländliche Bevölkerung jedoch dagegen. Dabei sprachen sich 73 Prozent der jungen Wähler zwischen 18 und 24 Jahren, aber nur 40 Prozent der älteren Bürger über 65 Jahre für einen Verbleib in der EU aus. Hier wurde aber auch klar, dass die Wahlbeteiligung der jüngeren Bürger unterdurchschnittlich war. Die Gründe für diesen Wunsch nach Ausstieg aus der EU lagen in der Vorgeschichte zu diesen Wahlen. Hier wurden durch zum Teil unwahre, dünne Fakten, polemische Argumente oder falsch interpretierbare Informationen durch Presse, Plakate, Werbung und politische Auftritte bewusst Ängste geschürt. Der seit jeher geltende Wunsch der Briten nach Unabhängigkeit wurde durch Falschinterpretationen bezüglich der zu zahlenden Abgaben an die EU - trotz bereits bestehendem "Brittenrabatt" - gesteigert durch Versprechungen, dieses Geld besser dem in Großbritannien schwierigen Gesundheitssystem zukommen zu lassen.

Eine Versprechung, von der nach der BREXIT-Abstimmung nun niemand mehr hört. Ein entscheidender Grund für den BREXIT-Wunsch war das Flüchtlingsproblem mit dem Ansturm von Zuwanderern in Großbritannien. Aus den osteuropäischen Staaten werden zwei Millionen Flüchtlinge erwartet. Besonders die sozial schlechter gestellte Bevölkerungsschicht befürchtet durch Flüchtlinge, die später als anerkannte EU-Bürger nach Großbritannien kommen, Arbeitslosigkeit und Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Britische Politiker, die sich gegen einen Austritt aussprechen, können somit nicht auf die weitere Zustimmung aus der Wählerschaft hoffen. Fernsehdebatten vor dem Voksentscheid machten dies deutlich. Es gab jedoch auch Stimmen, die den Verbleib Großbritanniens in der EU, der sie seit 1973 angehören, befürworteten und für die dies nach dem BREXIT-Votum negative Folgen hatte. Ein Beispiel dafür war der Britische Premierminister David Cameron. Argumente für einen Verbleib in der EU waren unter anderem wirtschaftliche Nachteile und sinkende Bedeutung Großbritanniens in Europa.

Der Referent stellte nun die rechtliche Seite des BREXIT vor. Da beim Abschluss der EU-Verträge ein Ausschluss eines Landes noch nicht vorgesehen war, besteht seit dem Vertrag von Lissabon im Jahre 2009 nun eine Austrittsregelung. Artikel 50 des EU-Vertrags regelt die diesbezüglichen Vorschriften. Hier kann ein Mitgliedsstaat im Einklang mit verfassungsrechtlichen Vorschriften seinen Austritt beschließen und muss dies dem Europäischen Rat der EU mitteilen. Diese Erklärung ist aus Großbritannien bisher nicht erfolgt. Nach offizieller Mitteilung über einen Austrittswunsch müssen Verhandlungen aufgenommen werden mit dem Ziel, ein Austrittsabkommen, dem am Ende sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU zustimmen können, abzuschließen. Der BREXIT ist erst vollzogen, wenn das Austrittsabkommen in Kraft tritt oder - ohne Abkommen - nach Ablauf einer zweijährigen Frist. Die Zeit arbeitet somit gegen Großbritannien.

Die seit 13. Juli amtierende Premierministerin des Vereinigten Königreichs Theresa May verwies für die Austrittserklärung auf einen vagen Termin Anfang des nächsten Jahres. Bis dahin sollten akzeptable Vorstellungen des Königreiches vorliegen, die ein Wunschdenken ausschließen. Diese Wünsche beinhalten nur Rechte, wie Freiheit von Zoll -, bzw. anderen Handelshemmnissen, aber keine ernsten Pflichten. Eine eventuell vorstellbare künftige Möglichkeit wäre der Erhalt eines rechtlichen Status, den beispielsweise Norwegen inne hat. Hier besteht ein voller Zugang zum Binnenmarkt, eine weitgehende Übernahme des EU-Vertragswerkes, jedoch ohne Mitentscheidung, ein gemeinsamer Arbeitsmarkt sowie Zahlungen an die EU. Abzuwarten bleibt, wie sich Großbritannien entscheidet.



Die Folgen eines BREXIT erläuterte der Referent unter anderem anhand von Wirtschaftsdaten. So beträgt das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der EU 14 635 Milliarden Euro, davon entfallen auf Deutschland 3 026, auf Großbritannien 2 569 Euro. Deutschland exportiert nach GB 89. 3 Milliarden Euro, das heißt, England ist nach den USA und Frankreich für uns der drittgrößte Exportmarkt. Großbritannien exportiert nach

Deutschland hingegen nur 38,3 Milliarden Euro. Der Wechselkurs eines britischen Pfunds zum Euro ist seit dem Votum im Juni bis 28. September bereits von 1,31 Euro auf 1,16 Euro gesunken. Das bedeutet eine Verteuerung der Importe.

Pfeifer zeigte auch einen allgemein zu befürchteten Trend auf politischem Gebiet auf.

Verschiedene Staaten versuchen, nationale Egoismen in den Vordergrund zu stellen. Rechtspopulistische Parteien nehmen wie nie zuvor in Europa zu. Einzelergebnisse des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2014 beweisen den Anstieg rechtspopulistischer Parteien, an deren Spitze Ungarn liegt, gefolgt von Polen, Großbritannien, Frankreich und Dänemark.

Konsequenzen aus der derzeitigen Situation für die EU fasste Pfeifer in mehreren Punkten zusammen:

1. Mitgliedsstaaten sollten wirtschaftlich und politisch besser gestellt sein als ein ausgetretener Staat.
2. Die nationalen Regierungen müssen wieder mehr die gesamteuropäischen Interessen berücksichtigen.
3. Die Verlierer der Globalisierung sollten ernst genommen werden, d. h. durch soziale Absicherung und gezielte qualifizierte Ausbildung.
4. Das Subsidiaritätsprinzip sollte akzeptiert werden (hier soll eine staatliche Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene wahrgenommen werden).
5. Das "Schlechttreden" der EU sollte beendet werden.
6. Die Erfolge der EU sollten aufgezeigt werden. Als Beispiele können angeführt werden: Die Verdoppelung des deutschen Exports seit 2000 und eine deutliche Steigerung des Imports; die Eurozonen in 19 EU-Staaten sowie in 6 weiteren europäischen Staaten; und eine äußerst wichtige Rolle der EU, die den Friedensnobelpreis erhielt für die Umwandlung Europas von einem Kontinent des Krieges in einen Kontinent des Friedens.



Europa ohne die EU hätte einschneidende Folgen: Zölle und Handelsschranken, ein Abwertungswettlauf der Währungen, Zersplitterung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte in Europa, eine Blockbildung um Deutschland herum und gegen Deutschland. Wenn bedacht wird, dass Deutschland derzeit nur 1,1 Prozent der Weltbevölkerung darstellt, keine angenehme Vorstellung.

Der Referent hoffte, dass die anwesenden Senioren diese Auslegungen als Multiplikator auch nach außen weitergeben werden, was diese gerne bestätigten. Denn dieser aufschlussreiche und überaus fundierte Vortrag begeisterte die Besucher. Karst Pfeifer beantwortete im Anschluss noch im einzelnen gestellte Fragen der Gäste. Helmut Stieß bedankte sich abschließend mit einem kleinen Präsent beim Referenten."